

Helmut Schorr

Die provozierte Politik

Politische Führung und die naturwissenschaftlich-technische Herausforderung

Seit es den Menschen gelang, gestaltend in die Natur einzugreifen und sie so weit zu bewältigen, daß differenzierter entwickelte Strukturen des Zusammenlebens möglich wurden, orientieren sie ihr diesseitiges Leben an Zukunftsvisionen. Selbst Zeiten tiefgreifender Störungen wie die Wirtschaftskrisen um die Jahrhundertwende und in der Folge der späten zwanziger Jahre und die beiden Weltkriege mit ihrer drückenden Last an moralischer Schuld und der durch sie verursachte wirtschaftliche Zusammenbruch hinderten sie nicht, schon bald die Schatten der Vergangenheit wie abgelegte Kleider in den Schrank der Geschichte zu hängen und sich einer neuen Zukunftseuphorie hinzugeben. Mehr als hundert Jahre alte Zielprojektionen wie soziale Gerechtigkeit, individuelle und kollektive Freiheit und Toleranz gegenüber Minderheiten und fremden Kulturen haben durch Fehlverhalten und mannigfache Einschränkungen an Attraktivität eingebüßt.

Seit 1948 gab es keine wirksamere Zukunftsperspektive als Wachstum in der Identität von steigendem materiellem Wohlstand, eine Präferenz, hautnahe und angetrieben von Mangel, Bedarf und Bedürfnissen und daher von einer unbegrenzt erscheinenden Nachfrage sowie einer steigenden Produktivität. Vor dem Hintergrund etwas verblaßter humanitärer Ziele veränderte sich deren idealtypische Orientierung im Bewußtsein vieler und vor allem des politischen Führungspersonals in pragmatische Techniken. Ein typisches Beispiel ist der weithin mißglückte Versuch der Industrieländer, die Entwicklungsländer mit Hilfe von Wissen, Kapital und Industrialisierung an das eigene Niveau heranzuführen, nicht zuletzt verbunden mit der Vorstellung neuer Märkte. So förderte man über Jahrzehnte hinweg nicht deren Fähigkeit, angemessene, wesensgemäße und auf den vorhandenen Strukturen aufbauende Problemlösungen zu entwickeln, sondern exportierte die eigenen Zukunftsvorstellungen und damit auch die ihnen zugrunde liegende Begehrlichkeit und Produktionsmethode in Länder mit völlig anderer Kultur und Mentalität. Dafür sind der Iran und Brasilien die beiden extremen Enden ein und desselben Mißerfolgs.

In jedem Jahrhundert waren Selbstgefälligkeit und gedankliche Trägheit in den jeweiligen sozialen Strukturen vielfältigen Provokationen, Schocks und evolutionären und revolutionären Prozessen ausgesetzt. Wer die Geschichte revolutionärer Prozesse einer vergleichenden Betrachtung unterzieht, gelangt generell zu dem

Schluß, daß die Ungeistigkeit und damit egoistische gedankliche Defizite, Theoriefeindlichkeit und abgestumpfte Sensitivität gegenüber neuen Signalen als die Mutter des radikalen Irrtums gelten kann. Frühere Generationen kamen bei der Beurteilung ihrer jeweiligen geschichtlichen Vergangenheit zu der weitgehend berechtigten Erkenntnis, daß sich die von Einbrüchen betroffenen Gesellschaften selbst nach katastrophalen Ereignissen erstaunlich gut regenerierten. Oberflächliche Betrachtung könnte dazu verleiten, und dies geschieht häufig, diese Erfahrung als Basis für Bewertung und Beurteilung der anstehenden Gegenwartsprobleme zu nutzen, ohne deren besondere Eigenart zum Unterschied gegenüber den Herausforderungen der Vergangenheit genauer zu untersuchen.

Dabei ist vor allem zu prüfen, ob unser politisches System, seine Strukturen, Methoden und Entscheidungsprozesse, und das politische Führungspersonal, seine fachliche und politische Vorbildung, seine Auswahl und die auf diesem Weg eingebrachten moralischen, fachlichen und politischen Qualitäten die zukunftsweisende Bewältigung einer ungewöhnlichen Vielfalt neuartiger, oft globaler Problembereiche erwarten lassen.

Herausforderungen der Gegenwart

Die in der Folge aufgezeigten Problemkomplexe unterscheiden sich in solche mit überwiegend nationaler Zuständigkeit und andere, die mehr multilaterale oder gar globale Kennzeichen aufweisen. Ihre größte Übereinstimmung aber liegt darin, daß die Ursachen der Probleme weder zufällig noch überraschend sind, sondern Ergebnisse planender Eingriffe des Menschen und damit von überwiegend naturwissenschaftlich-technischer Qualität mit langfristigen und weitgehend irreversiblen Prozessen. Es handelt sich um eine relativ subjektive Auswahl, deren Abfolge nichts über ihre Bedeutung aussagt.

In der Bundesrepublik fehlen zur Zeit 1,5 Millionen *Arbeitsplätze*. Hinzu kommen 500 000 Arbeitsplätze, die wegen der Konjunkturbaisse nicht besetzt werden können¹. Wegen einer partiellen Schlafmützigkeit von öffentlicher und privater Forschungs- und Entwicklungsförderung für einen relativ kurzen Zeitraum waren einige Produkte hochentwickelter Elektronik aus Japan und den USA überall und auch in der Bundesrepublik etwas früher auf dem Markt. Unser Handel profitierte von einem guten und aufnahmebereiten Markt. Arbeitsplätze aber entstanden natürlich in den Herstellerländern und nicht bei uns. Zwischen 1970 und 1980 gingen in den Herstellungsberufen 1,7 Millionen und in den Montage- und Wartungsberufen 540 000 Arbeitsplätze verloren, durch Strukturveränderungen in Berufen der Landwirtschaft und des Bergbaus noch einmal 650 000. Dem Verlust von 2,89 Millionen Arbeitsplätzen stand ein Gewinn von 2,5 Millionen in Verwaltungs-, Büro- und Dienstleistungsberufen gegenüber.

Weit ernster zu nehmen ist aber die Wirkung immer leistungsfähigerer Computer, Roboter und vor allem Mikroprozessoren und verwandter Steuerungs- und Trägersysteme auf den Arbeitsmarkt. Neben dem Einsparungseffekt gilt das besondere Augenmerk der Entwicklung neuer Arbeitsplätze in dem rasch wachsenden Sektor der Programmhersteller im Dienstleistungsbereich mit relativ arbeitsintensiven Klein- und Mittelbetrieben. Ohne Zweifel ist unter anderem das Süd-Nord-Gefälle der Arbeitslosigkeit auf die Konzentration solcher Unternehmen in Süddeutschland zurückzuführen.

Die politische Führungskraft von Verbands- und Regierungspolitikern aber muß man daran messen, in welcher Weise sich ihre Führungsfähigkeit im Tarifkonflikt um die 35-Stunden-Woche mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Umverteilung der Arbeit bewährt hat. Zunächst haben die Verbandspolitiker eine Taktik angewandt, die aus früheren rein lohnbezogenen Tarifrunden jedem informierten Bürger bekannt ist: Man legt eine relativ hohe Forderung vor, um Spielraum für einen vorteilhaften oder auch nur erträglichen Kompromiß zu gewinnen. Das Ja oder Nein zu einer 35-Stunden-Woche aber ist von völlig anderer Qualität. Es wirft nicht nur Finanzierungs-, sondern auch erhebliche Organisationsprobleme auf. Berücksichtigt man außerdem den sehr differenzierten Konjunkturverlauf in den betroffenen Branchen, so erscheinen flächendeckende Lösungen ungeeignet, ja in vielen Fällen sogar ruinös. Sollte das Ziel, durch Umverteilung der Arbeit Arbeitsplätze zu schaffen, erreicht werden, so konnte dies neben den bereits genannten Rücksichten nur im überschaubaren Bereich unterhalb des Tarifvertragsgebiets geprüft und mit dem angestrebten Effekt vereinbart werden.

Die Kampfpositionen beider Kontrahenten und die entsprechenden Äußerungen aus den Reihen der Regierung waren falsch als Ergebnis einer völlig unzureichenden Analyse. Sie unterschied zum Beispiel im Regierungslager nicht zwischen der Zustimmung zur 35-Stunden-Woche und der Solidarität in der Mentalität organisierter Arbeitnehmer. Das Ergebnis ist ein Verlust in Milliardenhöhe und ein Kompromiß, der bei sorgfältigerer Prüfung schon in der ersten Woche hätte erreicht werden können. Eine solche Politik steht in groteskem Gegensatz zu dem Ziel, den der Arbeitslosigkeit innewohnenden Notstand von Millionen von Menschen und ihren Angehörigen zu überwinden.

Die Planungen auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der *Kernenergie* standen von vornherein unter intensivem politischem Einfluß, dem erhebliche öffentliche Investitionen entsprachen. Auch auf diesem Teilgebiet einer langfristig angelegten Energieversorgung entsprachen und entsprechen die gedanklichen entscheidungsfähigen Konzeptionen nicht dem Umfang der Problematik. Angstreaktionen wie die Gefahr eines Rückstands in einem fast an die Raumfahrt heranreichenden Gebiet hochentwickelter Technik und Unsicherheitsfaktoren in der Erdölversorgung bestimmten im Verein mit der Suche nach billiger Energieproduktion das

Urteil der Verantwortungsträger, und dies zu einer Zeit, in der das Versuchs- und Experimentierstadium noch nicht abgeschlossen war.

Politik hat unter anderem die Aufgabe, Teilprobleme einzuordnen, Folgen zu bedenken und Entscheidungen im Zusammenhang der einzelnen Faktoren zu treffen. Zwei wesentliche Einflußgrößen blieben in der ausgedehnten ersten Phase der Planung von Atomkraftwerken im verborgenen: Die Sicherheitsvorkehrungen und die Entsorgung. Durch eine problemabweisende Informationspolitik der Produktionsfirmen und der Regierungsstellen entwickelte sich eine antagonistische Kampfsituation, die, wenn auch mit etwas verminderter Kraft, bis heute fortbesteht. Eindeutiger Tatbestand: Absolute Überforderung der politischen Verantwortungsträger und der beratenden und ausführenden öffentlichen Dienste.

Zu den wichtigsten existenziellen Bedürfnissen des Menschen gehört seine *Gesundheit*. Die Diskussion um die Vorruhestandsregelung hat bisher unbeachtete Zahlen zutage gefördert, die deutlich machen, daß jenseits der 58-Jahre-Grenze nur noch eine Minderheit im Arbeitsprozeß steht. Trotz und bei fortdauerndem menschlichem Fehlverhalten gegenüber der eigenen Gesundheit ist sie verständlicherweise des Bundesbürgers höchstes Gut. Die durch Reizworte wie „Gen-Manipulation“ und Realitäten wie Organtransplantationen eingeleitete Veränderung des physiologischen Menschenbilds hat natürlich psychologische Folgen und im Zusammenhang der Biochemie der lebenden Zellen soziale Relevanz.

Eine offene Gesellschaft bedarf einer offenen Diskussion anstehender Probleme, bevor Teilinformationen auf berechnete spezifische Interessenlagen stoßen und ein Teilaspekt die medizinische und moralisch-sittliche Beurteilung der Gesamtproblematik beeinträchtigt. So sind auf dem Gebiet der Krebsverhütung und -behandlung bedeutende Forschungsergebnisse zu erwarten, die sicher auf eine hohe Akzeptanz bauen können. Wie aber steht es in einer Zeit, die zu überstürzter Vermarktung ohne Grenzen neigt – siehe Retortenbabys –, mit der Umsetzung von Forschungsergebnissen bei psychischen Erkrankungen und nachgewiesenen Erbschäden? Politik bedeutet auch in diesem Problemkomplex nicht Reagieren, Lamentieren und Teilreparaturen durchzuführen. Vielmehr müssen die Träger politischer Verantwortung vorausschauen, sich einen Überblick über die Zusammenhänge verschaffen, prüfen, umfassend informieren und handeln.

Neue Informationssysteme

Wesentlich offener wurde dagegen die Diskussion um die Neuen Medien, die sich daraus ergebenden Informationssysteme und ihre gesellschaftlichen Wirkungen geführt. Allerdings waren von der moralischen Entrüstung bis zu parteitaktischen Für- und Widerdispositionen Argumente bereits auf dem Markt der Meinungen billig zu haben, bevor hinreichende Klarheit über die Charakteristiken

und die Effekte neuer technischer Möglichkeiten und die Wirkungen einer Konkurrenzierung der eingefahrenen Monopolanstalten vorhanden war. Nicht politische Offenheit, sondern Ordnungsdenken mit parteilicher Enge und ängstlicher Interessenwahrung bestimmten die Diskussion, obwohl sich einige Akademien und andere Institutionen sehr um Aufklärung in der Sache selbst bemühten.

Interessant war, daß weder die Hüter der politischen Ordnung noch die Befürworter privater Träger auf die grundsätzliche Perspektive zurückgriffen, die in den frühen sechziger Jahren häufiger in die Kritik der öffentlich-rechtlichen Anstalten eingebracht wurde und deren Protagonist der Kölner Soziologe Leo Silberman war³: Wer eine Tageszeitung kauft, weiß vorher, welche ungefähre Richtung sie vertritt. Der Leser wird also Lob und Tadel, Befürwortung und Ablehnung relativieren können. Er hat dadurch die Chance eines eigenständigeren Urteils. Der Benutzer öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten aber muß sich einer Informationsauswahl, vor allem aber deren Kommentierung aussetzen, ohne die grundlegende Orientierung der Meinungsbildung zu kennen.

Noch wesentlicher aber ist die Tatsache, daß der Leser sich auch in anderen Zeitungen orientieren kann, während die Rundfunkanstalten dem Benutzer unter dem Verdikt der Ausgewogenheit ein frisiertes Meinungsbild mit Mittelscheitel servieren. Gedankenfreiheit schließt auch problematische Meinungen von öffentlicher Bedeutung ein. Rundfunk und Fernsehen sind schließlich keine klinischen Abteilungen unserer Gesellschaft. Zu ihrer Aufgabe gehört auch der Transfer neuer Ideen. Dieser aber kann nicht hinreichend funktionieren, wenn der Einfluß der im übrigen unverzichtbaren Parteien mit Rücksicht auf das jeweilige Plus und Minus im Wählerpotential bewirkt, daß Pro- und Kontra-Diskussionen mit nur *einer* zielgerichteten Alternative geführt werden, wo Meinungsvielfalt geboten wäre.

Die Träger politischer Verantwortung und vor allem die Parteien wären in ihrem Verhältnis zu den Medien unabhängiger und besser beraten, wenn sie Meinungsvielfalt nicht durch politische, meist voreilige Prädispositionen einengten, sondern mit zurückhaltender Beteiligung mehr fragend als einflußnehmend abwarten würden, bis ein sachgerechtes Urteil in der Folge eines ausreichenden Einblicks der Öffentlichkeit und diese nutzend möglich und geboten ist. Der Weg von der „ausgewogenen“ Anstalt zu mehr journalistisch-kommerziellen Institutionen ohne eine politisch nicht machbare grundlegende Umgestaltung des Rundfunkwesens, vorausgesetzt, man wollte dies, ist weiter, als man glaubt und gewiß nicht nur technisch, etwa durch Verkabelung, zu bewältigen. Bei allem Erfolgswang nach einem Regierungswechsel handelt es sich um eines der größten und umfassendsten Projekte des Informationswesens unseres Jahrhunderts, das einen langen Atem benötigt und nicht im engen Korsett einer Legislaturperiode zu messen ist.

Unterentwicklung, Ressourcen, Umwelt

Die wenn auch in überschaubar längeren Zeiträumen zu Ende gehenden Ressourcen unserer Erde, die Belastung unserer natürlichen Umwelt und das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern bei sich dort verschlechtern den wirtschaftlichen Voraussetzungen sind Teile einer notwendigen Gesamtbeurteilung und damit unserer Verpflichtung. Indem wir diese wahrnehmen, sind wir hier wie dort verantwortlich für das, was wir tun und lassen. Die Bevölkerung der Erde nahm von 1963 bis 1977 in den Industrieländern um 10% und in den Entwicklungsländern um 28% zu. Im Jahr 2007 rechnet man mit einer Weltbevölkerung von 7,7 Milliarden, von der 80% in den Entwicklungsländern leben wird. Die Nahrungsmittelproduktion stieg in den Industrieländern in den letzten 10 Jahren um 21%, in den Entwicklungsländern dagegen nur um 3%⁴. Für etwa die Hälfte der dort lebenden Menschen ist Hunger bereits eine nahezu selbstverständliche Erfahrung. Die Zahl der Unterernährten und Hungernden bewegt sich zwischen 600 und 700 Millionen.

Nur im Zusammenhang der Probleme lassen sich die politischen Fragen richtig stellen. Kann man in den Industrieländern die Überproduktion von Nahrungsmitteln aus marktwirtschaftlichen Gründen drosseln, wenn in den armen Ländern täglich Tausende verhungern? Ist es nicht unbedacht, ja unverantwortlich, in diese Länder aus eigensüchtigen zweckrationalen Gründen Weizen, anderes Brotgetreide und Milchpulver zu exportieren, wenn dort als nachgewiesene Folgerscheinung die bodenständige Produktion von Hirse, Reis oder Maniok zurückgeht und die Bevölkerung immer abhängiger wird? Wird nicht das entmutigende Gefühl der Abhängigkeit vertieft, wenn Hilfsmaßnahmen an politisches Wohlergehen gebunden werden? So diskutiert man in den USA ganz offen darüber, daß die Überproduktion von Weizen eine wichtigere strategische Reserve darstellen könnte als das vielbegehrte Erdöl. Aber auch in der Bundesrepublik hat man in den vergangenen Jahren Leistungen der Entwicklungshilfe immer wieder zumindest verbal mit außenpolitischen Tagesfragen in Verbindung gebracht. Gerade in diesem Zusammenhang noch einmal der Hinweis: Nicht die Probleme selbst stehen im Mittelpunkt der Thematik, sondern die politische Effektivität bei ihrer Lösung. Das Fazit hier: In keinem Problembereich ist in den vergangenen Jahrzehnten so viel Dilettantismus eingebracht worden und haben Erfahrungen so schwache Lernergebnisse gezeitigt.

Wesentlich günstiger ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung unserer bundeseigenen Umweltpolitik zu beurteilen, vor allem im Bereich der Verbesserung der Luftqualität. Die drängenden Probleme des Wasserhaushalts und der Bodennutzung und nicht zuletzt der Abfallbeseitigung hinken jedoch erheblich hinterher, weil offenbar selbst mittelfristig pulikumswirksame Erfolge hier nicht zu erreichen sind.

Die Eskalation der Rüstung – ein weltweites Problem

Das ungewöhnlich komplexe Thema gestattet im Kontext der Ausgangsfragen nur den Blick auf einige typische Symptome politischer Reflexion. Die Diskussion weist drei grundlegende Konzeptionen auf, die eines gemeinsam haben. Der gefährlichste Konflikt ist jener zwischen den beiden Weltmächten und ihren jeweiligen Verbündeten. Er wird erheblich durch die unzureichende Berechenbarkeit und Einschätzbarkeit des Umfangs, der Wirkung und der Leistungsfähigkeit der Waffensysteme sowie der mit ihnen verbundenen strategischen und taktischen Absichten zwischen offenen und geschlossenen Gesellschaftssystemen erschwert.

Einseitige Abrüstung verbunden mit Friedensbekundungen zur Vertrauensbildung, verifiziert durch schrittweise Vorleistungen, lautet eine Konzeption, die gegenwärtig zahlreiche aktive Anhänger in unserem Land anzieht. Eine weitere bezeichnet sich als „Soziale Verteidigung“. Sie soll dem potentiellen Besetzer unseres Staatsgebiets durch eingeübte Aktionen der Verweigerung und durch gewaltlose aktive Methoden die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens sinnlos erscheinen lassen. Die dritte ist die zur Zeit praktizierte Konzeption der „Abschreckung“ mit einer hohen atomaren Risikoschwelle und der Möglichkeit begrenzter Reaktion (Flexible Response) durch Gleichstand der Rüstungseffizienz auf nahezu allen Ausrüstungsgebieten. Hierzu muß angemerkt werden, daß bei unterschiedlichem und schwer kontrollierbarem Zahlenmaterial Kommentierungen Tür und Tor geöffnet ist zugunsten interner egoistischer Interessen im Bereich von Produktion und Einsatz bzw. Verfügbarkeit von Waffensystemen. Beide Bündnissysteme stimmen trotz ihrer Gegenpositionen überein in dem Ziel, den jeweiligen Gegner im Zustand objektiver Einschätzbarkeit zu halten. (Symbol mit praktischem Verwendungszweck: Das „Rote Telefon“ der beiden Spitzenpolitiker.)

Wie wird nun die gegenwärtige Verteidigungspolitik in der Bundesrepublik von den Spitzenpolitikern vertreten, und wieviel Flexibilität ist in ihr enthalten? Zunächst fällt eine scheinbar unwesentliche Ungenauigkeit im Begrifflichen auf. Die Kurzbezeichnung der sogenannten Abschreckungskonzeption lautet im englischen Sprachraum „Detention“. Dies aber bedeutet konkret, jemanden von einer Angriffshandlung abzuhalten. Eine schreckhafte Reaktion eines potentiellen Gegners herbeiführen zu wollen wäre unverantwortlich, weil dadurch seine subjektive und objektive Berechenbarkeit verringert würde. Die gegenwärtig populäre Bezeichnung „Abschreckung“ enthält genau jenes aggressive Element, das die Gegner dieser Konzeption allgemein zuschreiben. Sie für die eigene Strategie zu übernehmen ist zwar journalistisch griffig, aber dumm, von der Reaktion und Interpretation des potentiellen Gegners ganz zu schweigen.

Beide Bündnissysteme bestehen aus Staaten mit sehr unterschiedlicher Machtausstattung. Sie werden angeführt von Weltmächten, die ihre Verbündeten an

Macht und Verantwortung erheblich übertreffen. Auch im Hinblick auf unsere Zugehörigkeit zum NATO-Bündnis sind die USA als Führungsmacht in einer besonderen Schutzfunktion, für die sie gewisse Gegenleistungen erwarten. Ob die Vereinigten Staaten als ein Land, das in seiner Geschichte nie ein feindlicher Soldat betrat, es sei denn als Gefangener, in Fragen der Rüstung und der Abrüstung die gleichen Perspektiven entwickeln wie ein Land mit unmittelbarer Kriegserfahrung im eigenen Umfeld, dessen längste Grenze das gegnerische Machtgebiet berührt, ist von den Grundvoraussetzungen her zumindest zweifelhaft. Ihren Schutz aber können wir im Verein mit den übrigen Verbündeten nicht entbehren. Entscheidendes Kriterium ist der Grad unserer Sicherheit, nicht nur im Verein mit den Verbündeten, sondern auch speziell für unser Land und seine Bevölkerung. Die NATO verfügt zwar über eine militärische Führungsspitze für die integrierten Teile der nationalen Streitkräfte, sie hat sich aber trotz zahlreicher Diskussionen und Forderungen in den ersten Jahren nach ihrer Gründung nie ernsthaft um eine formelle politische Führungsstruktur bemüht. Der Nordatlantikrat kann als ein Ministergremium, dessen Vorsitz der Generalsekretär innehat, wegen der notwendigen Einstimmigkeit seiner Beschlüsse und des völligen Fehlens eines parlamentarischen Unterbaus nicht als vollwertiger Ersatz angesehen werden. Deutsche Interessen können daher, solange Europa im Rahmen der EG noch nicht mit einer Stimme spricht, nur bilateral in Verhandlungen mit den USA oder gemeinsam mit Verbündeten ähnlicher Interessenlage eingebracht werden.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Bekundung von Bündnistreue keine hinreichende Politik. Auch das sich immer wiederholende publikumsbezogene Drängen, die Genfer Abrüstungsverhandlungen wiederaufzunehmen, kann inhaltliche Zielbestimmungen nicht ersetzen. Wer Einfluß nehmen will, muß substantielle Beiträge leisten. In einer derart überlebenswichtigen Frage geht nichts voran ohne alternative Denkmodelle, bei dem üblichen Schwarzweißdenken in der deutschen Politik allerdings etwas völlig Ungewöhnliches.

Als ein weiteres politisches Defizit muß gelten, wenn man sich bei der Argumentation über eine so lebenswichtige Frage auf Gegenpositionen zu politischen Gegnern beschränkt und die berechtigten Ängste der Bürger weder einbezieht noch auf sie mit Verständnis eingeht. Es tut der Autorität in der Sache keinen Abbruch, wenn man die Konzeption des atomaren Gleichgewichts als eine risikoreiche Übergangslösung bezeichnet, die sicherere Konzepte nötig macht. Politische Führung ist mehr als eine zielgerichtete Regierungspolitik und ein fleißiges Parlament. Sie wird dauerhaft wirksam durch einen Prozeß der Meinungsbildung zwischen den politischen Führungskräften, wozu das *ganze* Parlament gehört, und den Bürgern, deren wichtigste Aufgabe neben der Wahlfunktion im Mitdenken und in der Kontrolle der Machtträger besteht⁵.

Technik, Wissenschaft und Bewußtsein

Zwischen den allgemeinen menschlichen Lebensbedingungen und den in der Regel hochspezialisierten technisch-naturwissenschaftlichen Entwicklungen klafft eine breite Lücke. Sie zeigt sich vor allem darin, daß die Nutzung und, wie bei der Ankündigung neuer Waffensysteme, das Ertragen neuer Techniken von den meisten Mitbürgern nur sehr schwer sinnvoll, zielgerichtet und damit produktiv in den Lebensvollzug eingeordnet werden kann. Da der Staat Neuentwicklungen im Forschungsbereich fördert und oftmals das Umsetzen in Produktion sogar subventioniert, fällt den Politikern in entsprechenden Positionen nicht zuletzt wegen der Aufmerksamkeit, die sie aufgrund ihrer Ankündigungen und Entscheidungen auf sich ziehen, zu einem wesentlichen Teil die Aufgabe zu, technisch-naturwissenschaftliche, gesellschaftliche Folgeerscheinungen nach Sinn und Bedeutung zu interpretieren. Die meisten Konflikte in unserer Gesellschaft sind dadurch entstanden, daß dies falsch, unzureichend oder gar nicht geschah, weil nach den Regeln der weitverbreiteten Beamtenmentalität die Träger politischer Funktionen sich mit der Prüfung der Rechtsstaatlichkeit bestimmter Entscheidungsansätze begnügten.

Fast jede technische und damit weitgehend industrielle Entwicklung hat heute eine weltweite Relevanz. Die Medien sorgen meist durch Negativbeispiele für den Transfer dieser Erkenntnis. Waffensysteme werden aus Kostengründen multilateral entwickelt und in kriegführende weitere Länder exportiert, problematische Abfälle überschreiten Landesgrenzen, und die in der Form umstrittene Industrialisierung von Entwicklungsländern wird durch die Weltbank und nationale und internationale Bankkonsortien finanziert. Krisen wie jene in der Golfregion wirken sich weltweit aus, und die Wirkungen moderner Waffensysteme werden von den Lieferländern aufmerksam verfolgt.

Eines der im konkreten meistgehüteten, in der veröffentlichten Meinung immer wieder verschleierte Geheimnisse ist die Zukunftsperspektive der Gläubigerfunktion des Weltbankensystems im Verhältnis zu dem gigantisch angewachsenen Schuldenberg der Entwicklungsländer. Das dem kapitalistischen System zugrunde liegende Prinzip der protestantischen Ethik, daß anderer Leute Geld „heilig“ ist, daß man den Genuß erst einmal aufschiebt und in der Zwischenzeit arbeitet und spart, um erst im Anschluß daran die Ernte einzubringen, dieses Prinzip ist, wie Ralf Dahrendorf es ausdrückt, durch das Prinzip „erst genießen, dann bezahlen“ ersetzt worden⁶. Immer kleinere Eigenmittel dienen als Basis zur Finanzierung immer größerer Objekte. So wurde auch die technische Entwicklung in vielen Fällen auf eine viel zu wenig krisenfeste Basis gestellt, wobei Kosten – man denke an die Umweltschäden – dort eingespart wurden, wo sie am wenigsten auffielen. Die Pumpmentalität reicht wie ein stilisierter Eiffelturm von der Masse der kreditnehmenden Bürger über die leichtfertige Kreditvergabe unverantwortlich handelnder Banken bis zum hochragenden Schuldengipfel der Bundesrepublik und

anderer Staaten, denen es offenbar nichts ausmacht, kommende Generationen mit nahezu unlösbaren Problemen zu belasten. In diesem Zusammenhang ist es erstaunlich, daß öffentliche Anleihen immer noch verhältnismäßig rasch abgesetzt werden. Staat, Länder und Gemeinden leben offensichtlich von dem Vertrauen jener Bürger, deren Wertbezüge überwiegend an einer vergangenen Verlässlichkeit orientiert sind.

In unserer Gesellschaft ist ein starkes Bedürfnis nach wertbezogenen Orientierungen lebendig. Ihm haben die Technik und die Industriegesellschaft den Anspruch auf Perfektheit zugesellt. Die Vielfalt von konkurrierenden Wertsystemen erweitert bei hinreichender Kenntnis zwar den Freiheitsraum, erleichtert aber sicher nicht die Orientierung und die Entscheidungswilligkeit. Wie wichtig wäre es, die Übereinstimmung im Sinn einer Alltagsmoral zusammenzutragen. Aber wer tut das und trägt sie in die Öffentlichkeit, ohne daß diese wichtige Stütze einer freiheitlichen Verfassung eine neue Sekte produziert? Wer sich orientieren will, fragt nach Sache und Person. Ist die Sachaussage schwer auffindbar, schwer definierbar und schwer verständlich, so konzentriert sich das Urteil des Suchenden um so mehr auf die Person. Ihre Glaubhaftigkeit überträgt sich auf das Urteil über Aussagen und Verhalten dieser Person, solange beide in sich schlüssig bleiben. Bedenkt man, daß in den vergangenen Jahrzehnten die Entwicklung der Willenskraft in unserem Erziehungssystem eher defizitär war, so bewirkt die Summe dieser Einflüsse eine allgemeine Orientierungsschwäche, vor allem in der jungen Generation.

Effektivität der Politik – ein unabdingbares Erfordernis

Die moderne Technik hat das, was wir Wachstum nennen, nicht nur ausgelöst, sondern erst möglich gemacht. Eng verbunden mit diesem Prozeß ist ein Phänomen, das wir „die moderne Gesellschaft“ und im Verlauf „Modernisierung“ nennen⁷. Modernisierung besteht in erster Linie in den Einflußstrukturen, mit denen die Technik die Wirtschaft und über sie die Gesellschaft bis in ihre Grundbedürfnisse hinein verändert, wie es sich im Absinken des materiellen Lebensstandards eines Arbeitslosen als Folge struktureller Veränderungen des Arbeitsmarkts deutlich zeigt.

Die von den normativen Einflüssen der Technik getragene Modernisierung zwängte sich zu Beginn der Industrialisierung in die an sich schon beengte deutsche Staatlichkeit wie ein Fremdkörper ein. Sie traf dabei vor allem in Preußen auf ein staatliches Herrschafts- und Verwaltungssystem, von dem eine französische Verfassungskommission 1830 berichtete, es sei von allen besuchten Staaten Europas das am besten entwickelte. Schon damals war die Tendenz erkennbar, daß der Staat weitgehend traditionale Denk- und Regelungsstrukturen beibehielt,

während Wirtschaft und Gesellschaft in den Sog industrieller Normen gerieten, wo immer der Mensch als *Homo oeconomicus* in Erscheinung trat⁸. Zugleich verringerte sich die Ganzheitlichkeit der menschlichen Existenz. Der Bürger begann bewußt in Rollen zu leben, die zwar zum Teil fließende Übergänge aufwiesen, sich aber dennoch unterschieden. Die Orientierung der allgemeinen Lebensumstände auf den Staat hin hat hier ihren Ursprung. „Wirtschaft“ blieb etwas Fremdes, Äußeres und Aufgedrungenes und wird von der weit überwiegenden Mehrheit unserer Mitbürger in ihrem Bewußtsein keineswegs als eine Gesamtstruktur empfunden, die alle ernährt.

Recht und Ordnung blieben Hauptanliegen des Staates und trafen hier auf ein menschliches Grundbedürfnis, das in Wechselwirkung zum Staat Identifikation ermöglichte und vor allem als Ursache und Folgewirkung der staatlichen Sozialgesetzgebung den Staat in die Verantwortung für die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung drängte.

Die bewegenden Machttträger der deutschen Gesellschaft denken und handeln viel weniger pragmatisch, als ihnen selbst bewußt ist. Philosophische Denkstrukturen vergangener Jahrhunderte beeinflussen ihr Handeln viel stärker, als es etwa im Modernisierungsprozeß Japans zu beobachten ist, wo das Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft wesentlich pragmatischer abläuft.

Die pluralistischen Gesellschaften industrieller Prägung haben eine Bürgerfreiheit produziert, die intellektuell interpretiert und gehandhabt wird. Diese Freiheit hat eine eigene schichtenspezifische Sprache. Sie erreicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nur in ausgewählten Aspekten, so etwa im Gegenbild zu geschlossenen, in der Regel totalitären Gesellschaften. Fehler in der Machtausübung und allgemeines Fehlverhalten bewirken Mißerfolge und leidvolle Erfahrungen. Die Krise der Religion und die damit verbundene Verringerung ihrer Glaubwürdigkeit hat im Bereich ihrer gesellschaftlichen Funktion dazu geführt, daß der Mensch in kritischen Phasen seines Lebensablaufs keine letzte Sicherheit mehr findet, und der intellektuelle, sich selbst so wortreich und gewandt Beschwichtigende sucht sie oft noch verzweifelter. Keine Politik ist fähig, dem Menschen Leid zu ersparen. Leid als menschliche Grunderfahrung aber ist nur aus dem Glauben positiv zu wenden und zu deuten. Sie wird dadurch zu einem Bestandteil positiver und zukunftssträchtiger Lebenszuwendung.

Über Macht zu verfügen ist eine Voraussetzung politischen Handelns. Macht verlangt zeitangepaßte besondere Fähigkeiten. Das demokratische System, durch das die Wahlberechtigten zum Ausgangspunkt der Machtausübung werden, indem sie nach ihren Vorstellungen Macht an von ihnen gewählte Abgeordnete delegieren, weist eine seltsam unorientierte Interdependenz auf: auf der einen Seite das Wahlvolk, das Personen eines gewissen Bekanntheitsgrads wählt unter dem Aspekt begrenzt einsichtiger parteilicher Absichten und in der Folge bemüht ist, sein ergiebigstes politisches Recht auszuüben, nämlich die Kontrolle, und auf der

anderen Seite die Abgeordneten und die von ihnen gewählte Regierung, die über die zu lösenden Probleme hinweg mit ängstlicher Sorge auf die Schwankungen im Meinungsbild des Wahlvolks schauen, dessen knapper Mehrheit sie nicht sicher sein können. Diese wechselseitige Abhängigkeit wäre eher positiv zu bewerten, gäbe es da nicht den Zweifel, ob man in einer Wahlperiode überhaupt angesichts langfristiger Problemlösungen erfolgreich sein kann, vor allem dann, wenn es bei einer so differenzierten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur kaum gelingt, fehlerhafte Entwicklungen und die dadurch bewirkten Gewohnheiten und Erwartungshaltungen zu korrigieren.

Das Parlament als System der Fraktionen

Ein Parlament, das aufgrund einer modifizierten Persönlichkeitswahl zustande kommt, sollte als solches dem gewählten Abgeordneten Raum geben, seine Kenntnisse und Erfahrungen als Problemlösungsbeiträge einzubringen. Auch unabhängig vom Wahlverfahren ist das Parlament als Summe seiner Abgeordneten aufgerufen, der Regierung Anregungen zu geben, sie zu kritisieren und zu kontrollieren. Dem entspricht die Praxis nur selten. Die Fraktionen sind, um es pointiert auszudrücken, die Speerspitze der organisierten Parteilichkeit. Sie reglementieren die Meinungen ihrer Mitglieder und pflegen ein machterhaltendes oder machterveränderndes Alternativdenken, das in der Regel apodiktisch *eine* Gegenposition vertritt. Diese ist oft das Ergebnis eines ideologisch fixierten Meinungsbilds mit schwachem Realitätsbezug und seltener eines morphologischen Suchprozesses mit der Prüfung vielfältiger Lösungsmöglichkeiten. Natürlich sollten sich Fraktionen und Parlament in angemessener Zeit zu einer Meinung durchringen, die für die jeweilige Fraktion oder die Mehrheit des Parlaments vertretbar ist. Das Problem liegt jedoch im Prozeß der Meinungsbildung. Sind zu viele Problemlösungsvorschläge hierarchisch vorgeprägt, so bewirkt taktische Selbstbeschränkung zugleich eine unzuträgliche Begrenzung der Kreativität.

Fraktionen, die ihre Funktion im Parlament auf diese Weise ausformen, erzeugen als komplexe, hierarchisch strukturierte Organisationen für neue bzw. junge Parlamentarier auch aus deren Sicht einen erheblichen Anpassungsdruck⁹. Amtsträger der Fraktionen wie Fraktionsvorsitzende und Fraktionsgeschäftsführer trugen in der jungen Geschichte des Bonner Parlaments in der Logik ihres so verstandenen Amtes oft autoritative, wenn nicht gar autoritäre Züge. Auf diese Weise kann man Macht erlangen oder sie lange behaupten, ohne daß hinreichend klar ist, von welcher Qualität diese Macht ist.

Altgediente Parlamentarier kommen zu dem Schluß, daß nur etwa ein Drittel der Abgeordneten einen erheblichen Einfluß auf die Politik ihrer Fraktion haben¹⁰. Hans Apel spricht sogar von „einer parlamentarischen Dreiklassengesellschaft, die

durch die Gruppe der Verbandsvertreter im Bundestag, durch die engere Fraktionsführung und schließlich durch das Fußvolk unter den Abgeordneten gebildet wird¹¹. Die Verbandsvertreter in ihrer typischen Stellvertreterfunktion sind gleichsam die Träger eines weiteren Spektrums vorgeprägter Meinungen, vorausgesetzt, sie verstehen ihr Amt nicht als Vermittler von Sachverstand, sondern als reine Interessenvertreter¹².

Vorgeprägte Meinungen, die mit hierarchischen Mitteln durchgesetzt werden, führen durch die Intensität der Organisation und den von ihr ausgehenden Anpassungsdruck zur Sprachregelung und über sie zu einer instrumentalen Sprache. Darunter leidet zunächst die Legitimität der Sache und schließlich die Legitimität des politischen System, das, wie S. M. Lipset es ausdrückt, in der Lage sein muß, „den Glauben hervorzubringen und aufrechtzuerhalten, die bestehenden politischen Institutionen seien die für die Gesellschaft angemessensten“¹³. Jede Debatte trägt in ihrer Tendenz, mit der besseren Problemlösung den Gegner niederzuringen, antagonistische Züge. Der Anpassungsdruck in der Fraktion, der von wenigen Personen ausgeht, deren Motivation oft undurchschaubar bleibt, die dirigistische Ausrichtung der Debatten im Parlament durch die Fraktionsspitzen, eine ähnlich ausgerichtete Personalplanung für die Besetzung der Ausschüsse und Konfrontationsstrategien mit Defensiv- und Offensivkurs der Fraktionen in den Bundestagsdebatten, das alles weckt erhebliche Zweifel an der Effizienz der Parlamentsarbeit. Je komplizierter und undurchschaubarer eine Industriegesellschaft sich entwickelt, desto unverzichtbarer ist das Einbringen von möglichst vielen Ideen und Lösungsmöglichkeiten in den Entscheidungsprozeß über komplexe Probleme. Offenbar sind jedoch die Strukturen des Parlaments so festgefahren und unflexibel, daß die diesbezüglichen Einsichten und Absichten mehrerer Bundestagspräsidenten nur wenig Wandel schaffen konnten. Institution und Ausdehnung der Fragestunden sind als Ergebnis dieser Reformbemühungen zu begrüßen. Sie nehmen jedoch ähnliche Züge an wie die übrigen Debatten.

Spätestens hier ist die Frage zu stellen, wieviel Autorität das Parlament als die Gesamtheit seiner Abgeordneten eigentlich aufbringt, wenn seine Debatten Szenarien für die Öffentlichkeit darstellen und seine Beschlüsse in der Regel vorher feststehen. Weiter ist zu fragen, ob diese Art von Öffentlichkeit überhaupt sinnvoll und nützlich ist. Das wesentliche Problem ist der organisationssoziologische Aspekt der Entscheidungsprozesse. Sie sind nicht nur in politischen Institutionen oft allzusehr auf die letzte, die Entscheidungsphase hin programmiert. Mindestens ebenso wichtig aber ist nach der Darstellung und Analyse des Problems und der Entwicklung von Fragestellungen das uneingeschränkte Einbringen von Ideen und Vorschlägen¹⁴. Nicht Fragestunden, die sich meist auf aktuelle Detailprobleme beziehen, sind vorrangig, sondern offene Diskussionen in den beiden ersten Phasen des Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses komplexer Probleme, bei der Problemdarstellung und -analyse und beim Brainstorming, hängt doch die

Qualität einer Entscheidung davon ab, aus welchem Umfang von Konzepten sich eine Lösung mit einer kompatiblen Kombination des Besten und Geeignetsten entwickelt.

Offene Diskussion bedeutet, daß sowohl in den Fraktionen als auch im Plenum jeder Abgeordnete angehört werden muß und daß seine Vorschläge und seine kritischen Anmerkungen zu den Vorschlägen seiner Kollegen wie üblich protokolliert werden. Für die erfolgreiche Umsetzung der Ergebnisse der Eröffnungsdiskussion ist es wichtig, daß jene einzelnen Politikern wie politischen Gruppen oft mit Recht zugeschriebene Egozentrik, die eigenen Vorschläge absolut zu setzen und mit Verbissenheit zu verteidigen, durch eine differenzierte und objektive Prüfung aller eingebrachten Ideen und Konzepte ersetzt wird. Vielleicht erinnert man sich bei dieser Gelegenheit daran: Die Wahrscheinlichkeit, daß vielen mehr einfällt – quantitativ wie qualitativ – als einem kleinen esoterischen Kreis, ist im Grund auch ein demokratisches Prinzip.

Da die Ministerialbürokratie bei den Gesetzesvorlagen meist in der Vorhand ist und in den technisch-naturwissenschaftlich begründeten Problemkreisen deutliche Qualifikationsdefizite aufweist, sind die Abgeordneten, nicht zuletzt aufgrund ihrer berufsspezifischen Ausbildungs- und Erfahrungsmerkmale, auf Hilfe von außen angewiesen. Diese präsentiert sich in Bonn in der Form von Hearings. Auch über die Form dieser Sachverständigenbefragung sind einige zusätzliche Überlegungen nötig. Nützlich im Sinn des Allgemeinwohls sind ihre Ergebnisse nur, wenn die ihnen zugrunde liegenden Informationen auf ein Höchstmaß an persönlicher Unabhängigkeit zurückgeführt werden können. Selbst wenn man der etwas provokativen Äußerung Jaeggis zur wissenschaftlich-technischen Intelligenz und ihren Bedarfsträgern nicht folgt, der aus diesem Verhältnis hervorgehende Spezialist „solle die politisch zu denkenden Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen seiner Arbeit nicht reflektieren; man wünsche sich diesen Fachmann kompetent, aber beschränkt“¹⁵, so erscheint die Offenlegung vorhandener Bindungen und Loyalitäten doch unerlässlich, zumal ein Vergleich der Auswahlkriterien deutscher Personalchefs mit den Ergebnissen aus Frankreich die These Jaeggis zu stützen scheint, vor allem was die erwünschte Breite der Ausbildung der Ingenieure angeht. 60% der Ingenieure in Frankreich haben einen Abschluß auf dem höchsten Niveau, dagegen nur 17% in der Bundesrepublik¹⁶.

Zusammenfassend ist für die Arbeit der Fraktionen und des Parlaments zu fordern, daß angesichts der Fülle tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen sich eine offenere und dadurch ideenreichere Diskussion stärker auf die zu lösenden Probleme als auf den politischen Gegner konzentriert, und daß der Konfrontationskurs im Parlament und erst recht in den Ausschüssen einer sorgfältigeren Prüfung möglichst vieler Lösungsmöglichkeiten weicht. In den Fraktionen dürfen Sachverstand und Macht nicht in Konkurrenz zueinander treten, sondern sollten sich ergänzen.

Wie einschränkend von Neuparlamentariern die Einflußnahme des „einflußreichen Drittels“ der Fraktionen manchmal empfunden wird, läßt sich aus zwei Umfrageergebnissen von 1969 und 1972 entnehmen, deren Aussagekraft auch heute noch besteht. Schließlich haben sich die Verhältnisse seit damals nicht geändert. Auf die Frage „Wären Sie damit einverstanden, wenn die jetzige Fraktionsspitze Ihrer Partei durch die nächste Vorstandswahl bestätigt würde, oder sähen Sie gern neue Leute?“ reagierten in dem unruhigen Jahr 1969 von den CDU/CSU-Neuparlamentariern 81 % mit „nicht einverstanden“ und 1972 immerhin 62 %. Von den SPD-Neuparlamentariern waren 1969 65 % und 1972 71 % nicht einverstanden¹⁷.

Geht man davon aus, daß die öffentliche Bürokratie in der Bundesrepublik einen Jahresumsatz von über 250 Milliarden bewegt, was etwa 40 % des Sozialprodukts entspricht, so ist dies fast gleichbedeutend mit der Summe aller Entscheidungen bundesdeutscher Parlamente und Selbstverwaltungsorgane und der dadurch bewirkten administrativen Folgen. Konzerne betreiben eine differenzierte Personalplanung, um effizient und konkurrenzfähig zu bleiben. Sie können sich dabei auf exakte Stellenbeschreibungen, deren Lage auf dem Organogramm und das bereits vorgeprägte Beziehungssystem stützen. Parteien, denen im Rahmen der Verfassung die subsidiäre Aufgabe gestellt ist, für Selbstverwaltungsorgane und Parlamente Nachwuchs heranzubilden, Kandidaten auszuwählen, aufzustellen und in der Wahl durchzusetzen, haben es schwerer. Außer der vorher kaum definierbaren Rolle des Mandatsträgers haben sie Kategorien wie Popularität bei der Wählerschaft, Anhang in der Partei und in der Delegiertenversammlung, Gruppenzugehörigkeit im Bereich der Interessen und vor allem seine persönliche Integrität zu berücksichtigen. Die Sorge um die Annahme eines Vorschlags in den eigenen Reihen zeigt deutlich, daß es sich hier um eine Personalentscheidung besonderer Art handelt. Wenn es in mancher Delegiertenversammlung bei der Aufstellung eines Kandidaten zu Stichwahlen und Auseinandersetzungen kommt, so darf man daraus nicht den Schluß ziehen, dies sei repräsentativ für eine Persönlichkeitswahl. Der Verfasser war in über 30 Jahren seiner politischen Tätigkeit an vielen Prozessen dieser Art in drei Großstädten und in einem Landkreis beteiligt. Selbst in diesen überschaubaren Gremien war der Bekanntheitsgrad der Bewerber für ein Bundestags- oder Landtagsmandat bei der überwiegenden Mehrheit der Delegierten gering. Um ein Vielfaches geringer ist der Bekanntheitsgrad in der Wählerschaft. Auch das im Wahlkampf aufgebaute Image ist fast nicht kontrollierbar.

Vergleicht man diese Realitäten mit dem Anspruch, der aus den drängenden Zeitproblemen an die so Gewählten zu stellen ist, so kann man die gegenwärtige Praxis nur als fahrlässig bezeichnen. Personalplanung tut not! Auswahl, Bildung und das gezielte Sammeln von politischen Erfahrungen – am besten im kommunalen Bereich – muß früher beginnen und an parlamentsspezifischen, zeit- und aufgabenbedingten Erfordernissen orientiert werden. Dabei spielen immer mehr

Erfahrungsbereiche eine Rolle, die sich auf Berufe im Vorfeld der Parlamentstätigkeit beziehen und denen entsprechende Denksysteme zuzuordnen sind. Die naturwissenschaftlich-technisch bestimmte Weltvorstellung unterscheidet sich erheblich von der geisteswissenschaftlich bestimmten. Angesichts der Eigenart der anstehenden und langfristig zu lösenden Probleme ist der Anteil administrativer Berufe in der nach wie vor unzureichenden Berufsstatistik deutscher Parlamentarier entschieden zu groß. Dagegen kann man die wenigen Abgeordneten mit naturwissenschaftlich-technischer Ausbildung eher zu den Exoten zählen, so selten sind sie. In den ersten 20 Jahren des Deutschen Bundestags und der aus ihm hervorgegangenen Regierungen waren von 74 Bundesministern fünf in ihrem vopolitischen Beruf Ingenieure¹⁸, und dies hing noch teilweise mit ihrem Regierungsamt zusammen.

Für den Beruf des Parlamentariers gibt es keine allgemeingültige maßgeschneiderte Rolle. Die Nöte der Zeit erzwingen aber die Formulierung neuer Anforderungsprofile, die in ihrer Differenziertheit auf die Bewältigung unabwendbarer Probleme konkreter zugeschnitten sind und in den lokalen und regionalen Gremien der Parteien mit dem Ziel zunehmender Akzeptanz propagiert werden. Nur so kann auf Dauer eine Aushöhlung und damit ein nachhaltiger Verfall der demokratischen Institutionen verhindert werden.

ANMERKUNGEN

¹ Lt. Gutachten des Sachverständigenrats für die wirtschaftliche Entwicklung 84.

² Statistik der Bundesanstalt f. Arbeit 1984.

³ Silbermann wurde jahrelang von den Rundfunkanstalten geschnitten.

⁴ W. Ruhestroth-Bauer, Wachstum des Hungers, in: P. J. Opitz, Weltprobleme (München 1980) 103.

⁵ K. Lenk, Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? (Stuttgart 1972) 24f.

⁶ R. Dahrendorf, Hasard spielt mit der Zukunft, in: Die Zeit 3/84.

⁷ Hierzu P. L. Berger, B. Berger, H. Kellner, Das Unbehagen in der Modernität (Frankfurt 1975) 11 ff.

⁸ Ebd. 112 ff.

⁹ B. Badura, J. Resse, Jungparlamentarier in Bonn (Stuttgart 1976) 34 ff.

¹⁰ U. Jaeggi, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik (Frankfurt 1976) 156.

¹¹ H. Apel, Der deutsche Parlamentarismus (Reinbek 1968) 84.

¹² J. Weiß, Stellvertretung, in: Kölner Zschr. f. Soziol. u. Soz. Psych. 1/84, 43 ff.

¹³ S. M. Lipset, Political Man (New York 1960) 77.

¹⁴ F. Zwicky, Entdecken, Erfinden, Forschen im morphologischen Weltbild (1966); H. Hollinger, Sonderkurs in elementarer Morphologie (Zürich 1966).

¹⁵ Jaeggi, a. a. O. 270.

¹⁶ P. Windolf, Formale Bildungsabschlüsse im internat. Vergleich, in: Kölner Zschr. 1/84, 84.

¹⁷ Badura, Reese, a. a. O. 82.

¹⁸ Parteiensystem in der Legitimationskrise, hrsg. v. J. Dittberger u. R. Ebinghausen (Opladen 1973) 143.